

liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran e.V. **report**

جامعه دفاع از حقوق بشر در ایران

Nr. 34

Zum Tag der Menschenrechte
am 10. Dezember 2012

P.O.Box 150 825, D-10670 Berlin
Telefon (030) 825 85 52, Fax (030) 826
62 86
Postbank Berlin
Konto-Nr. 749 49-107 (BLZ 100 100 10)
e-mail: Liga-Iran@gmx.de
www.liga-iran.de

Editorial

Nach über zweijährigen Schmerzen, die sich schließlich so steigerten, dass über Monate hindurch jede Tätigkeit wie Sitzen, Gehen, Lesen und die Arbeit in der Liga unmöglich wurde, komme ich mir nun vor wie der Phönix aus der Asche. Eine Operation an der Bandscheibe hat mich wiedergeboren, aber unsterblich wie der schöne Vogel will ich nicht sein.

Unterdessen verschlechtert sich die Situation in der Islamischen Republik: Beherrscht von der Organisation der Revolutionsgarden (Sepah-e Pasdaran), als paramilitärische Einrichtung größter Unternehmer des Landes und auf fast allen Gebieten wirtschaftlich aktiv, von Steuern und Zollgebühren befreit und nur dem Revolutionsführer verantwortlich, liegt das System in den Händen von Schlägern und Angehörigen des Mobs, die sich „hochgedient“ haben. Im Parlament sitzt z.B. ein Abgeordneter, der zusammen mit seinem Bruder einen Mord begangen hat; ein weiterer Abgeordneter war wegen Betruges zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, aber vom Wächterrat zur Wahl zugelassen. Ein dritter Abgeordneter sagt: „Wenn ihr mir **Mir Hossein Mussawi, Mehdi Karrubi** und **Mohamad Chatami** zur Hinrichtung überlasst, hat aller Ärger ein Ende.“

Hinrichtungen gehören zum Alltagsleben, der Begriff zum allgemeinen Wortschatz. Ein Maddah (Lobpreisender des Lebens der Märtyrer) verspricht, jeden, der den Staatssekretär von **Ahmadinejad** tötet, finanziell zu belohnen. Ein Filmregisseur, der der Hezbollah angehört, behauptet, die Kinos in Iran seien Bordelle geworden und nennt die Namen von vier Regisseuren, die man hinrichten müsse.

Ein Mullah verspricht, alles werde gut, wenn man die politischen Gefangenen wie in den 80er Jahren hinrichte. Vor Kinos, Buchläden, Botschaften, Ausstellungen versammeln sich bezahlte Schlägertrupps, um alles zu attackieren, was der islamischen Moralvorstellung widerspricht.

Im In- und Ausland herrscht Staatsterror: 2009 hat man Demonstranten gegen die gefälschten Wahlen auf offener Straße getötet. Die Bilder von **Neda** gingen um die Welt. Die Leiche der 28-jährigen Studentin **Fatemeh Bagheri-Nejadyanfard**, die sich als Tochter eines ehemaligen Abgeordneten gegen die Wahlfälschung engagiert hat, wurde am 28.6.2011 außerhalb von Teheran gefunden. **Rafik Tagi**, Schriftsteller aus Baku, wurde am 2. November 2011 aufgrund einer Fatwa aus Iran erstochen. Im Mai 2012 hat ein Großayatollah eine Fatwa gegen den in Deutschland lebenden Rapper **Shahin Najafi** erlassen. In Buenos Aires wird gerade jetzt der Bombenanschlag auf eine jüdische Einrichtung im Jahre 1994 verhandelt, der 85 Tote und über 300 Verletzte forderte. Seit 2006 fordert die argentinische Justiz die Auslieferung von **Rafsanjani**, ehemaliger Parlaments- und Staatspräsident, **Fallahian**, ehemaliger Informations- und Geheimdienstminister, **Velayati**, ehemaliger Außenminister, **Mohsen Rezai**, ehemaliger Befehlshaber der Revolutionsgarden, vom derzeitigen Verteidigungsminister **Ahmad Vahidi**, von drei Angestellten der iranischen Botschaft in Buenos Aires und einem Libanesen. Einige auf dieser Liste Aufgeführte waren auch in den Anschlag auf kurdische Oppositionelle im Lokal **Mykonos** in Berlin verwickelt.

In einer Dokumentation der *Boroumand-Stiftung* bezeichnet der australische Menschenrechtsverteidiger **Geoffrey Robertson** die Machthaber der Islamischen Republik Iran als Verbrecher gegen die Menschheit. Er beschuldigt **Ali Chamenei, Akbar Rafsanjani, Mir Hossein Mussawi** und **Mussawi Ardebili** bei den Massenhinrichtungen an politischen Gefangenen in den frühen 80er Jahren die Fäden in der Hand gehabt zu haben.

Kaum jemand wagt es noch, politische Gefangene zu verteidigen. Anwälte sitzen im Gefängnis oder sind ins Ausland geflüchtet. Und der Staatsanwalt von Teheran, **Djaffari Dolatabadi**, hat nichts Besseres im Sinn, als von den politischen Gefangenen Reue zu verlangen. Ohne Angst vor Gefangenschaft und Hinrichtung haben ihm weibliche und männliche Gefangene geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Staatsanwalt, so sehr wir auch nachgedacht haben, wir haben keinen Anlass gefunden, etwas zu bereuen. Wir bitten Sie deshalb, uns zu erklären, wofür wir Reue zeigen sollen. Für die Beleidigung, Beschimpfung, sexuelle Bedrohung durch die Sicherheits- und Ordnungskräfte im Gefängnis? Welche Reue meinen Sie? Die physische und psychische Folter, die wir erleben? Herr Staatsanwalt, wofür sollen wir Reue zeigen? Für die erzwungenen Geständnisse? Sie haben uns in Ihrer Hand.“

Und wer ist die Opposition? Sie hatte selbst teil am Aufbau der Islamischen Republik Iran. Sie hat die Struktur von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Geheimdienst, Sepah Pasdaran mitgeprägt und als sie an der Macht war, die Menschenrechtsverletzungen an Frauen, Studenten, Arbeitern, Minderheiten mitgemacht

oder ihnen schweigend zugesehen. Die islamische Opposition besteht nicht aus Gegnern gegen das System, sondern nur gegen einzelne Personen. Die wirkliche Opposition wurde mundtot gemacht. Selbst wer heute in einer NGO aktiv ist, setzt sein Leben aufs Spiel.

Schon seit Gründung der IRI bestehen beste Kontakte, die so weit führten, dass der damalige Parlamentspräsident **Rafsanjani** in den 80er Jahren anordnete, Hafiz al Assad eine Mio. t. Rohöl kostenlos, 9 Mio. zum Selbstkostenpreis zu liefern. Diese Verbindung wird weiterhin gepflegt und trägt zur Isolierung des Landes bei. Die Bevölkerung leidet unter den Sanktionen, während die IRI mit ungeheuren Summen an der Niederschlagung des syrischen Aufstands beteiligt ist, wie die beiden derzeitigen militärischen Befehlshaber **Esmail Ghaeni** und **Kassem Suleimani** bestätigen.

Diesem System ist nicht zu trauen. Es ist ein Unrechtsstaat, in dem der Führer das letzte Wort hat und dem deshalb die Möglichkeit zur Herstellung von Atombomben verwehrt werden muss. Wir haben immer wieder betont, dass wir die Atomkraft ablehnen - überall. Sie gefährdet Leben. So lange aber die Staaten in Nahost nicht aussteigen, bleibt zum Wohle der iranischen Bevölkerung nur die Zusammenarbeit mit der IAEA und die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls.

Liebe Leser, der Liga-Report ist in kurzer Zeit entstanden, erst nach der Operation am 30. Oktober. Er enthält also in erster Linie Beispiele für Menschenrechtsverletzungen, keine eingehenden Berichte. Hätten wir alles aufgeführt, was den Menschen 2012 zugefügt wurde, so wäre ein dickes Buch entstanden!

Mahmoud Rafi

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen ein gesundes, gutes und erfolgreiches neues Jahr!

Herzlichen Dank für die Unterstützung sagen die Mitarbeiter der Liga/Iran.

Ein düsteres Bild

Dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, **Ahmad Shaheed**, seit März 2011 im Amt, wurde auch 2012 die Einreise nach Iran verwehrt. In seinem Bericht vom 13. September 2012 beklagt er unter anderem die große Anzahl von Menschenrechtsverletzungen, die oft im Zusammenhang mit gesetzlichen Absurditäten stehen, die Nichtbeachtung von Gesetzen und Straflosigkeit, besonders im Bereich der Menschenrechte.

Ahmad Shaheed betont die Notwendigkeit, Straftaten, die die nationale Sicherheit betreffen, zu definieren, öffentliche Kritik und anwaltliche Vertretung zuzulassen und zu schützen, sowie Meinungs- und Informationsfreiheit sicherzustellen.

Er fordert auf allen Gebieten eine Kultur der Toleranz gegenüber Frauen, Mädchen, religiösen und ethnischen Minderheiten, die Freiheit sich zu versammeln und frei zu reden. Das Mindestalter für Eheschließung müsse internationalem Standard angepasst und Zeitehen für Mädchen verhindert werden.

Weiter fordert er von der Regierung, zu den Behauptungen Stellung zu nehmen, das Recht auf ordentliche Gerichtsverfahren werde verletzt, es werde physische und psychische Folter angewendet – besonders in den Wochen nach den Präsidentschaftswahlen 2009. Er fordert die Freilassung aller Gefangenen aus Gewissensgründen und eine Behandlung nach internationalem Standard, die die medikamentöse Behandlung einschließt.

Er missbilligt Steinigungen und fordert eine Erneuerung des Moratoriums. Außerdem missbilligt er, dass bei weniger schweren Verbrechen Hinrichtungen vorgenommen werden. Das Strafgesetz bedürfe einer Revision, besonders in Hinsicht auf Jugendliche. Er fordert das Verbot für die Hinrichtung von Jugendlichen. Solange keine fairen Gerichtsverfahren stattfinden, sei die Todesstrafe auszusetzen.

Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran, 13.9.2012

Dein Wunsch sei uns Befehl

Eine Reihe von Parlamentariern der IRI hatte Fragen gestellt, die Präsident **Ahmadinejad** persönlich im Hohen Haus beantworten sollte. Dem schob **Ali Cha-menei** - der Führer - einen Riegel vor. Er befahl, keine weiteren Fragen mehr zu stellen, denn damit dienten sie nur den Interessen des Feindes. Gleich danach katzbuckelte der Parlamentspräsident: „Wir tun, was der Führer von uns verlangt.“

Noch dienerischer verhielt sich **Kazem Jalali**, Fraktionsvorsitzender der Anhänger des Führers und Sprecher des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten: „Das Wort des Führers ist unsere Richtlinie. Was er anordnet, setzen wir um. Unser politischer Kurs heißt Gehorsam dem Führer gegenüber.“

Diese unglaubliche Intervention geschah nicht zum ersten Mal: Im August 2000 wollte das Parlament das Pressegesetz zugunsten der Medien ändern, als ein Befehl des Führers diesen Gesetzesentwurf zunichtemachte. Damals war **Mehdi Karroubi** Parlamentspräsident und sagte fast das Gleiche wie **Ali Larijani**, der derzeitige Parlamentspräsident.. Dies führt noch einmal vor Augen, dass die Abgeordneten, die ja das Volk vertreten sollen, nichts zu sagen haben. Das letzte Wort hat der Führer. *Asr-e Iran, 21.11.2012 und Liga/Iran*

Im Zusammenhang mit dem Maulkorb für die Abgeordneten wurde die Zeitung *Maghreb* wegen der Veröffentlichung einer Karikatur verboten, auf der **Ahmadinejad** den Fragenkatalog der Parlamentarier zerreißt. Der Untertitel lautet: „Ende der Fragen“.

Akhbar-e Rooz, 26.11.12

Frauen

Es waren Frauen, die ihre Stimmen schon 1979 gegen die Islamisierung des Landes erhoben und die drohenden Kleidervorschriften auf den Straßen anprangerten. Mit jedem Jahr wurde die Frauenbewegung in Iran stärker, organisierter und erfasste schließlich fast alle Schichten der Gesellschaft. Am 2. Mai 2006 fand die letzte große Kundgebung auf dem Platz Haft-e

Tir in Teheran statt, die sich gegen das Versammlungsverbot am 8. März, dem Internationalen Frauentag, richtete. Die Kampagne **Eine-Million-Unterschriften für die Gleichheit von Frauen und Männern vor dem Gesetz** hatte dazu aufgerufen. Das Regime reagierte mit zahllosen Festnahmen; eine Anzahl der Frauen, die Unterschriften gesammelt hatten, bekamen Haftstrafen von bis zu vier Jahren und einige wurden zu 20 Peitschenhieben verurteilt. Die Anwältin der Kampagne, **Nasrin Sotudeh**, bekam am 4. Februar 2009 eine Vorladung und sitzt seit 2010 im Gefängnis. Seit 2006 hat sich der Druck des Regimes auf die gewaltlos, aber immer phantasiereicher für Menschenrechte kämpfenden Frauen verstärkt. Es ist davon auszugehen, dass im Laufe der Jahre mehr als 500 im Gefängnis saßen; wie viele es zurzeit sind, konnten wir nicht genau ermitteln. Die Anklagepunkte lauten fast durchgehend „Störung der öffentlichen Ordnung“ und „Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung“.

Shabnam Madadzadeh, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Studentenorganisation *Tahkim-e Vahdat*, wurde zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Zunächst war sie im Gefängnis von Gohardasht, (auch Rejaiyshahr genannt). Als ihre Mutter und Schwester sie am Frauenbesuchstag aufsuchen wollten, erfuhren sie, dass sie mit anderen nach Varamin (einer Stadt in der Provinz Teheran) verlegt worden sei. Ihr Vater berichtete, dort seien über zweihundert Personen in einem Silo untergebracht, ohne Wasser, Strom und hygienische Einrichtungen. Alle Gefangenen - vom Mörder und Messerstecher bis zum politischen Häftling - sind in einem Lager. Täglich einmal dürften sie zur Toilette, wo sie auch ihr Geschirr waschen müssten. Täglich erhielten sie ein Stück Brot, das ihnen Wärter mit Schlagstöcken reichten. Mehr gebe es nicht. Die Gefangenen werden geschlagen, wer sage, er sei krank, bekomme zur Antwort, dann solle er sterben. Hier seien Gefangenen die Nägel herausgerissen worden.

In einem Offenen Brief haben weibliche politische Häftlinge geschrieben: „In Varamin gibt es sieben Silos mit jeweils über 200 Gefangenen. Die Luft ist unerträglich, es stinkt nach Abwässern und die aufsteigenden Gase führen zu Atembeschwerden. Wir werden ständig gequält und gefoltert. Die größte Wohltat ist die Erlaubnis, zweimal kochendes Wasser für Tee zu bekommen. Vor kurzem hat ein Wärter kochendes Wasser auf die Gefangenen geschüttet, die Brandwunden erlitten. Unter uns sind Kinder im Alter zwischen 14 und 15 Jahren. Wo in der Welt leben Kinder unter solchen Verhältnissen? Wenn es so weitergeht, treten wir in Hungerstreik.“

Auf diesen Brief hin haben 500 Aktivistinnen der Frauenbewegung von den Behörden die Schließung von Gefängnissen, die nicht dem Standard entsprechen, gefordert.

Saham News, 9.5.2011

Die iranische Website *Kalameh* zitierte am 30. Oktober 2012 ein Schreiben von 33 weiblichen politischen Gefangenen an den Leiter des Evin-Gefängnisses, **Raschidi**, in dem sie dagegen protestieren, dass ihre Zellen von rund 20 Aufseherinnen gestürmt, sie brutal durchsucht und ihnen persönliche Gegenstände wie Sprachlehrbücher, CDs und MP-Player weggenommen wurden. Der Anlass für diese Maßnahmen sei völlig unbekannt.

Aus Protest gegen dieses Vorgehen sind von den 33 Unterzeichnerinnen des Schreibens neun in Hungerstreik getreten.

Journalistinnen in Haft

„Ich mache mir Sorgen um meinen Mann. Wer soll ihn denn jetzt im Gefängnis besuchen, wo seine Mutter krank ist“, sagte die bekannte Journalistin **Jila Bani Yaghoub**, als sie ihren Koffer zum Antritt ihrer einjährigen Haftstrafe im Evin-Gefängnis hinaufschob. Die Journalistin und Chefredakteurin der Webseite „*Kanun-e Sanane Irani*“, die wegen ihres mutigen Einsatzes für Meinungsfreiheit und Rechte der Frauen viele Preise im Ausland erhielt, war 2009 nach den Präsidentschafts-

wahlen verhaftet und nach zwei Monaten gegen eine hohe Kautionsfrei gelassen worden. Ihr Mann, der Journalist **Bahman Ahmadi Amouie** kam ebenfalls 2009 ins Gefängnis und wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. Im Juni war Frau **Bani Yaghoub** zu einem Jahr Gefängnis und 30 (!) Jahren Berufsverbot verurteilt worden. *Kalameh, 16.11.2012*

Verschiedenen Webseiten zufolge wurde **Massumeh Dehghan**, die Frau des Menschenrechtsanwaltes **Abdolfatah Sol-tani**, zu einem Jahr Gefängnis und fünf Jahren Ausreiseverbot verurteilt. Sie hatte mit Menschenrechtsorganisationen zusammengearbeitet und war 2009 nach Nürnberg gereist, wo sie für ihren Mann den Preis für Menschenrechte entgegennahm. Am 2. Juli 2011 hatte sie eine Vorladung bekommen und war am 5. Juli in der Staatsanwaltschaft festgenommen worden.

Jarass, 18.11.2012

Der Fall Nasrin Sotudeh

Viele Menschenrechtsorganisationen, darunter Human Rights Watch, Amnesty International und Reporter ohne Grenzen haben erneut gegen die Haftstrafen und Ausreiseverbote der Menschenrechtsaktivistin und Anwältin **Nasrin Sotudeh** und des Filmemachers **Jafar Panahi** protestiert. Anlass war die Verleihung des "Sacharow-Preises für geistige Freiheit", durch das Europäische Parlament am 26.10.2012.

Nasrin Sotudeh, 47 Jahre alt, ist Mutter zweier Kinder. Ihr Mann teilte mit, dass sie sich wegen der erniedrigenden Zustände im Gefängnis seit dem 17. Oktober im Hungerstreik befindet. Seit dem 4.9.2010 ist sie inhaftiert, im Januar 2011 wurde sie zu 11 Jahren Gefängnis und 20 Jahren Berufsverbot verurteilt. Die zwölfjährige Tochter von **Nasrin Sotudeh** erhielt eine Ladung vor Gericht, auf der man sie über ihr Ausreiseverbot unterrichtete. Sie hatte den Sacharow-Preis für ihre Mutter entgegennehmen wollen. **Jafar Panahi** erhielt im Dezember 2010 eine Haftstrafe von sechs Jahren und ein zwanzigjähriges Berufs-

verbot. Beiden wird Verletzung der Sicherheit des Landes und Propaganda gegen das Regime vorgeworfen.

Am 28.11.12 schreibt **Reza Chandan**, der Ehemann von **Nasrin Sotudeh**, in seinem Weblog:

„Ich will unsere Freunde nicht beunruhigen, aber das Gefühl einer Gefahr zwingt mich, zu warnen. Gestern ist Nasrin in den 41. Tag des Hungerstreiks getreten und ihr körperlicher Zustand ist sehr schlecht. Wie jeden Tag kam sie auch gestern ins Krankenhaus, wo sie einen so niedrigen Blutdruck hatte, dass es nicht möglich war, ihn zu messen. Sie hat keine unrechtmäßigen Forderungen gestellt und ist wegen Verstoß gegen die nationale Sicherheit, Verschwörung und Propaganda gegen das System und Mitgliedschaft in Menschenrechtsorganisationen zu elf Jahren Gefängnis, 20 Jahren Berufs- und 20 Jahren Ausreiseverbot verurteilt. Hinzu kommt noch eine Geldstrafe wegen Missachtung der Kleiderordnung. Warum soll unsere kleine Tochter so bestraft werden?“

Mohamad Djawad Larijani, Vorstand der juristischen Abteilung für Menschenrechte, teilte mit, dass **Nasrin Sotudeh** entgegen der Propaganda in fremden Medien, sich in guter Verfassung befinde und Kontakt mit ihrer Familie hatte.

Unterdessen schrieb eine Gruppe von Angehörigen politischer Gefangener einen Brief an **Nasrin Sotudeh**, in dem es heißt: „Es reicht! Du bist Teil deiner Familie, die auf dich wartet. Wir bitten dich, aufzuhören und auf deine Gesundheit zu achten. Kinder brauchen ihre Mutter, ihre Liebe, ihr Lächeln.“

In einem Antwortschreiben des Botschafters der Islamischen Republik Iran an die Bundestagsabgeordnete **Marianne Schieder**, die sich für Frau **Sotudeh** eingesetzt hat, heißt es am 19.11. u.a.: „Wie Sie wahrscheinlich in den Nachrichten gelesen haben, ist der angebliche Hungerstreik von Frau **Nasrin Sotudeh** von Grund auf erlogen. Sie ist niemals in den Hungerstreik getreten. Um sich Gewissheit zu verschaffen, empfehle ich Ihnen die Nachricht auf der persischsprachigen Webseite der Deutschen Welle vom 14. November, wo ein Interview mit dem

Teheraner Staatsanwalt **Abbas Jafari Dolatabadi** nachzulesen ist...“

Studentisches Komitee für die Verteidigung politischer Gefangener, 1.11.12

Am 4. Dezember gab **Reza Chandan** bekannt, dass seine Frau, **Nasrin Sotudeh**, ihren Hungerstreik nach 49 Tagen beendet hat. Das Ausreiseverbot ihrer 12-jährigen Tochter war aufgehoben worden.

Medien

Iran rangierte in punkto Pressefreiheit 2011 auf Platz 175 von insgesamt 179 aufgeführten Ländern - selbst China steht noch vor Iran, berichten Reporter ohne Grenzen am 3. Mai 2012. Der Geheimdienst und das Ministerium für Kultur und Islamische Führung hätten letztes Jahr über 20 Medienunternehmen geschlossen und seit 2009 mehr als 300 Journalisten und Blogger verhaftet, von denen mindestens 57 zu Gefängnisstrafen zwischen 6 Monaten und 7 Jahren verurteilt worden seien. Die Regierung verfolge auch Angehörige von Journalisten und bringe sie in Geheimgefängnisse. Außerdem nutze sie jede mögliche Methode, um persischsprachige Rundfunk- und Fernsehsendungen aus dem Ausland zu unterbinden. Ausländische Medien würden streng überwacht, Korrespondenten riskierten jederzeit ihre Akkreditierung. 2011 habe man vielen Journalisten eine Verlängerung des Aufenthalts verweigert, so dass sie gezwungen gewesen seien, das Land zu verlassen. Zurzeit seien 26 Journalisten und 18 Netzaktivisten inhaftiert.

Außerdem nahm ROG den neunten Todestag der iranisch-kanadischen Fotojournalistin am 10. Juli 2012 zum Anlass, daran zu erinnern, dass sie insgeheim in Schiras beerdigt wurde und dem Schuldigen, **Said Mortazawi**, dem Staatsanwalt von Teheran, nichts geschehen sei.

Der Journalist **Hoda Saber** kam im Juni 2010 zum dritten Mal in Haft. Anfang Juni 2011 trat er in Hungerstreik und verstarb am 11.6. In einem Offenen Brief bezeugen 63 Mithäftlinge

aus Block 350, dass er am 8. Tag des Hungerstreiks unter starken Brust- und Darmschmerzen litt und aus Nachlässigkeit erst nach langen Stunden in die Krankenstation gebracht wurde. Einen Tag danach sei er zurückgebracht worden, habe gezittert, sich gewunden, geschrien und angekündigt, er werde die Gefängniswärter im Arztkittel verklagen. Man habe ihn geschlagen, beleidigt und aus der Krankenstation geworfen.

Die Journalistin und Frauenrechtlerin **Haleh Sahabi** nahm am 1. Juni 2011 an einem Trauermarsch für ihren Vater, den Politiker **Ezatollah Sahabi**, teil. Während der Prozession griffen Geheimbeamte sie an und versetzten ihr Schläge. Sie erlitt einen Herzinfarkt und starb.

Am 13. Juli 2009 wurde den Angehörigen der Leichnam des 29-jährigen Wirtschaftsjournalisten **Alireza Eftekhari** übergeben. Untersuchungen ergaben, dass er am 15. Juni 2009 durch Schläge auf den Kopf Hirnblutungen erlitten hatte, an denen er starb. Nach drei Jahren liegen die Umstände, die zu seinem Tod führten, noch immer im Dunkeln.

Zu den Morden an Journalisten und Schriftstellern, deren Auftraggeber bis heute nicht bekannt sind, sind auch die Opfer der Kettenmorde von 1988 zu zählen; ihre Opfer: **Mohamad Mokhtari, Mohamad Jafar Pujandeh, Majid Sharif und Pirus Davani**.

Aifer Zartschah, Mitarbeiter der kurdischen Presseagentur Furad, war 2006 nach Aserbeidschan gereist, um eine Reportage über die dort lebenden Kurdinnen zu schreiben. Auf seinem Heimweg wurde er umgebracht.

Beunruhigt zeigt sich ROG über folgende aus politischen Gründen inhaftierte fünf Journalisten und Blogger und fordert deren Freilassung: **Mohamadsadegh Kabu-dwand, Bahman Ahmadi Amouie, Arash Honarwarschodjaie, Mohamad Soleima-ninia und Narges Mohamadi**. Einige sind erkrankt.

Reporter ohne Grenzen, 10.7.2012

Am 1. Dezember 2012 wurde das Erscheinen der lokalen Wochenzeitschrift *Nassir-e Buschehr* verboten. Die Zeitschrift hatte die Untätigkeit der Regierung im Gebiet Schalamtsche (an der Grenze zu Irak) kritisiert, das von chemischen Waffen verseucht ist und wo seit dem Golfkrieg Minenfelder bestehen.

In den letzten zehn Jahren wurden Hunderte Zeitungen und Zeitschriften verboten. Man sollte meinen, es gäbe kaum noch Zeitungen, die verboten werden könnten. Und noch immer sitzen Journalisten im Gefängnis. In seinem Büro hat man den Chefredakteur der Zeitung *Maghreb*, **Mohamadmehdi Emaminasse-ri**, festgenommen. Der Staatsanwalt teilte mit, er und seine Mitarbeiter seien nicht aufgrund des Pressegesetzes verhaftet worden. *ISNA*, 1.10.12

Ali Reza Roschan, Mitarbeiter der Zeitung *Scharch*, setzt sich für die Rechte der Derwische von Gonabad ein und beschrieb die Rechtsverletzungen, die ihnen zugefügt wurden. Dafür wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, kam aber nach einem Monat in Einzelhaft gegen eine hohe Kautions auf freien Fuß. Sieben weitere Journalisten sitzen in Block 350 des Evin-Gefängnisses (die Namen sind der Liga bekannt) und haben keinen Rechtsbeistand, weil ihren Verteidigern der Zugang zu ihren Akten verwehrt wird. Ihnen wird Verletzung der nationalen Sicherheit vorgeworfen. *Saham News*, 19.11.12

Gesäubertes Netz

Immer wieder ist die Rede vom „Halal Internet“, ein nationales Internet nach islamischem Recht, das Schmutz und Schund des Westens fernhält. In Wirklichkeit ist es der Versuch, das Internet zu überwachen und zu zensieren. Facebook, Twitter und You-Tube werden bereits heute zeitweise blockiert, Google und G-Mail landesweit gefiltert. Dafür verwendet Iran eine in den USA entwickelte Software, die offenbar sehr leistungsstark ist. Ziel aber ist es, Iran bis 2015 vom weltweiten Internet abzukoppeln und ein eigenes Netz zu

errichten, das sich auf Iran beschränkt. 17 Millionen Iraner sollen einen Zugang zu Facebook haben. Wer ein Internet-Café aufsucht, muss sich vorher ausweisen. Sechs Monate lang muss der Betreiber das Protokoll über besuchte Webseiten aufbewahren.

Politische Gefangene

Das studentische Komitee für die Verteidigung politischer Gefangener hat am 2. November 2012 die Namen von 73 Häftlingen in Block 4, Saal 12 des Gefängnisses von Karadj aufgelistet, die Folter erleiden müssen. Dieser Block 4 gilt als Sondersicherheitsabteilung. In ihren nicht öffentlichen Gerichtsverfahren blieben die meisten Angeklagten ohne Vertretung. Die Anwälte der restlichen Angeklagten hatten keinerlei Zugang zu den Akten. Die 73 Häftlinge sind ständigen Schikanen und Beschimpfungen ausgesetzt. Erkrankte werden nicht behandelt, geschweige denn ins Krankenhaus verlegt. Die Medikamente im Gefängnisladen sind völlig überteuert, so dass sie sich keiner leisten kann. Hinzu kommt, dass nur in seltenen Fällen eine Besuchserlaubnis erteilt wird. Die Häftlinge vermuten, dass die Gefängnisleitung den Tod aller politischen Gefangenen beabsichtigt. In eineinhalb Jahren sind bereits vier gestorben.

Es folgen die Namen und Urteile. (Die Liga hat die Urteile zusammengefasst, die Namen liegen uns vor).

Drei zu zwei Jahren Haft, fünf zu drei Jahren, zehn zu vier Jahren, neun zu fünf Jahren, drei zu sechs Jahren, drei zu sieben Jahren, vier zu acht Jahren, drei zu zehn Jahren, zwei zu elf Jahren, einer zu zwölf Jahren. Ohne Urteil sitzen zwei Personen in Haft.

Urteile zur Verbannung:

Einer zu zehn Jahren, einer zu zwölf Jahren, drei zu fünfzehn Jahren, einer zu siebzehn Jahren, drei zu zwanzig Jahren, einer zu 31 Jahren, elf zu lebenslänglich.

Zwei Häftlinge wurden zur Hinrichtung verurteilt.

Ebenfalls in Haft oder zu jahrelangem Berufsverbot verurteilt sind die Anwälte **Mohamadali Dadkhah, Mohamad Seifzadeh, Abdolfattah Soltani, Javid Hutankian** und die Journalistinnen **Bahareh Hedayat, Mahboubeh Karami, Jila Baniyaghoub, Mahssa Amirabadi** sowie die Journalisten **Masoud Bastani** und **Bahman Ahmadi Amouie**. Ihre Haftstrafen lauten auf 6 bis 18 Jahre, die Berufsverbote schwanken zwischen 6 und 20 Jahren.

Alle Gefangenen leiden unter der sehr eingeschränkten Besuchserlaubnis. Einige befinden sich 47 km westlich von Teheran im Rejaiy-Gefängnis.

Studenten

Zurzeit herrscht ziemliche Ruhe an den Universitäten in Iran. Studentenorganisationen, die nicht regimetreu sind, sind verboten, eine große Zahl politisch aktiver Studenten sitzt im Gefängnis, anderen gelang es, ins Ausland zu gehen. Der Aufstand der Studenten vom 9. Juni 1999, der sieben Tage andauerte, hat das Regime aufgeschreckt. Es zerstörte die Bewegung, indem es Angehörige der Quds-Brigaden, Bassidschis und Revolutionsgarden in die Universitäten einschleuste. Dort bildeten sie islamistische Studentenorganisationen, die Gehorsam leisten und das System bei jeder Krise auf der Straße verteidigen - sei es vor Botschaften, sei es wegen der Urananreicherung. Wagt es jetzt eine studentische Organisation, sich gegen das Regime aufzulehnen, ist mit Festnahme und Übergabe an den Geheimdienst zu rechnen. *Die Liga/Iran* verfügt über eine lange Liste von Studenten, die in Haft sind.

An mehr als 40 Universitäten herrscht Geschlechtertrennung. Waren 2011 noch zwei Fachrichtungen für Studentinnen verboten, sind es jetzt 77. Darunter sind Studiengänge wie z.B. Maschinen- und Bergbau, Erdölindustrie, Ingenieurwesen, Chemie, Pädagogik, Englische Sprache, Literatur, Politische Wissenschaften. 2011 betraf die Geschlechtertrennung 20 Universitäten – da sich kein

Protest erhob, hat man die Zahl der betroffenen Universitäten verdoppelt. *Fararu*, 7.8.2012

Als der 26-jährige Philosophiestudent **Arash Sadeghi** im November 2010 aus dem Gefängnis kam, hoffte er, nach einem Jahr der Folter und Beschimpfungen endlich wieder frei atmen zu können. Doch nur kurze Zeit später wurde sein Haus gestürmt und nach ihm, der bei seinem Großvater übernachtete, durchsucht. Seine Mutter erlitt vor Aufregung einen Ohnmachtsanfall und verstarb. In einem Interview sagte der Vater von **Arash Sadeghi**: „Die ganze Familie gibt ihm die Schuld am Tod der Mutter. Ich will ihn nicht mehr sehen. Das Heim ist eine Hölle geworden.“ Später nahm er diese Sätze zurück.

Ohne einen Anwalt hinzuziehen zu können, kam **Arash Sadeghi** eine Weile später erneut wegen „Verletzung der nationalen Sicherheit“ ins Gefängnis, wo er zunächst in Einzelhaft saß und jetzt zusammen mit dem Blogger **Hossein Ronaghi Maleki** inhaftiert ist. Der schwer nierenkranke **Maleki** wurde zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt und befindet sich im Hungerstreik. *The Guardian*, 23.11.12

Hinrichtungen aus politischen Gründen? Niemals!

Auf den dritten Bericht des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für die Islamische Republik Iran, **Ahmad Shaheed**, reagierte der Chef der Justiz in Iran, **Sadegh Larijani**, erzürnt und schrieb am 18.10., in Iran habe es nie Hinrichtungen aus politischen Gründen gegeben.

Roja Boroumand, die gemeinsam mit ihrer Schwester in den USA eine Stiftung zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen gegründet hat, erinnerte am 22. Oktober in der *Huffingtonpost* an die Tausende politischer Gefangener, die in den 80er Jahren im Gefängnis hingerichtet wurden, manche nur, weil sie mit den anderen gemeinsam gegessen und die Zellen gesäubert hatten. Tausende Mitglieder der Linken und der Volksmojahedin mussten 1988 den gewaltsamen Tod erleiden.

Im April 1991 wurde der Vater von Roja Boroumand - ein politischer Aktivist - im Auftrag der Regierung in Paris mit Messerstichen umgebracht.

Im November 1994 hat man den Dichter, Schriftsteller und Gründer des Schriftstellerverbandes, **Saidi Sirjani**, in einem Gefängnis des Geheimdienstes getötet.

Im November 1998 fanden die berüchtigten Serienmorde des Geheimdienstes an Politikern und Schriftstellern statt.

Im Juli 2005 wurde **Shwaneh Qaderi**, der in Kurdistan zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatte, verhaftet und im Gefängnis erschossen.

Im August 2008 wurde der Balutsche **Yaqub Mehrnahad** hingerichtet. Er hatte eine NGO gegründet und sich gewaltfrei gesellschaftspolitisch engagiert.

Im Mai 2010 wurde der Lehrer und politische Aktivist **Farzad Kamangar** nach langen Jahren der Folter im kurdischen Gefängnis nicht-öffentlich zur Hinrichtung verurteilt und geheim hingerichtet.

Die Behauptung **Larijanis**, es gäbe keine Hinrichtungen aus politischen Gründen, ist lächerlich. Aber vielleicht haben die Berichte des Sonderberichterstatters und anderer Menschenrechtsorganisationen dazu beigetragen, dass die Zahl der Hinrichtungen von 817 im Jahre 2010, 652 im Jahre 2011 auf 385 bis Oktober 2012 zurückgegangen ist, folgert **Roja Boroumand**.

Zählt man zu den Tausenden aus politischen Gründen Hingerichteten die hinzu, die wegen Drogendelikten mit dem Leben büßen, so müssen wir von Abertausenden sprechen.

Die offizielle Webseite *Mehr* teilt mit, dass am 7. November zehn Drogenhändler hingerichtet wurden, am 22. Oktober ebenfalls zehn aus den gleichen Gründen. In den ersten neun Monaten des Jahres seien 344 Menschen hingerichtet worden.

Am 10. November berichtet die Zeitung

Kayhan, dass in Schiras neun namentlich aufgeführte Rauschgifthändler öffentlich gehängt wurden.

Innerhalb von weniger als drei Wochen also 29 offizielle Hinrichtungen!

Im Jahre 2011 seien fast täglich zwei Personen hingerichtet worden, berichtet die Webseite *Rooz* am 8. November 2012. Danach seien 80% der 676 Hingerichteten in Drogendelikte verwickelt gewesen. Der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Iran, **Ahmad Shaheed**, habe für die ersten acht Monate 2012 von 300 offiziell Hingerichteten gesprochen, aber wegen der Zensur liege die Anzahl mit Sicherheit viel höher.

Anfang November veröffentlichte das Gesundheitsministerium eine Statistik, wonach zwei Millionen Menschen von Rauschgift abhängig sind. Dies steht im Widerspruch zu den Aussagen des Ministers für Gesundheit, der von fünf bis zehn Millionen Abhängigen berichtete. Die Zahl der Süchtigen sei 2012 um 30% gestiegen.

Der Fall Sattar Beheshti

Am 30. Oktober hat eine Spezialeinheit der politischen Polizei zur Überwachung von Informationsmitteln (Internetpolizei) die Wohnung des 35-jährigen Bloggers **Sattar Beheshti** gestürmt, ihn in Handschellen gelegt und mit einem Auto, an dem „Spezialeinheit FTA“ (Internetpolizei) stand, fortgefahren. Dies alles geschah ohne Durchsuchungs- oder Haftbefehl. Auf die Frage seiner Mutter, wohin man den Sohn bringe, hieß es nur „Teheran“ und „Wir werden Sie benachrichtigen“. Aber es erfolgte nichts. Am 7. November wurde der Familie ausgerichtet, sie könne den Leichnam im Kahrizak-Gefängnis abholen. Offensichtlich ist er dort, wo 2009 nach den Präsidentschaftswahlen viele Inhaftierte Folter erlitten, drei Personen umgebracht wurden, wo die hygienischen Verhältnisse selbst vom Regime angeprangert wurden und dessen Schließung der Führer letztlich anordnen musste, zu Tode gefoltert worden. **Sattar Beheshti** soll weder

geraucht noch Medikamente genommen haben. Angeblich ist er an Herzversagen gestorben. Seit der Trennung seiner Eltern kümmerte er sich um die herzkrankte Mutter, brachte sie zum Arzt, verabreichte die Medikamente und verdiente den Lebensunterhalt.

(zitiert nach *Gooya News*, 7.11.12)

Am 8. November stimmten die Angehörigen der Veröffentlichung eines handschriftlichen Briefes von **Sattar Beheshti** an den Leiter des Gefängnisses zu. Diesen Brief hat er am 1.11. geschrieben, zwei Tage nach seiner Inhaftnahme und Freilassung am selben Tag. Er sei am 30. Oktober ununterbrochen gefoltert worden: An einen Tisch gebunden, habe man ihn unter sexuellen Beschimpfungen besonders seiner Mutter mit Fausthieben und Tritten gegen den Kopf traktiert. Und jetzt, am 1.11., müsse er erneut ins Gefängnis. Wenn ihm im Gefängnis etwas geschehe, sei die Polizei verantwortlich. Sollte er ein Geständnis ablegen, dann sei dies unter Folter geschehen. Zeugen seiner zwölfstündigen Folter seien die Gefangenen von Block 350, Raum 2. Der Arzt, den er zweimal aufgesucht habe, könne die Folter bestätigen. Er schloss den Brief in der Hoffnung, die Leitung werde sich dazu äußern.

Webseite Tavana, 8.11.12

In seinem Weblog hatte **Sattar Beheshti** sich stets gegen das System und gegen Reformen innerhalb des Regimes ausgesprochen. Diejenigen, die für Reformen kämpften, suchten nichts weiter als Teilhabe am Machtgefüge der Islamischen Republik.

Der Tod von **Sattar Beheshti** sorgte im Parlament für Aufregung. Der Teheraner Abgeordnete **Tavakoli** sagte, in den ausländischen Medien habe der Tod Aufsehen erregt und er wollte wissen, weshalb das Außenministerium in keiner Weise reagiert habe. Der Vizepräsident des Parlaments erwiderte, die Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik habe ein Komitee zur Untersuchung dieses Vorganges gebildet. Das erregte den Abgeordneten des gegnerischen Flügels, Mehdi

Kutschekzadeh, der sagte, dass er sich dafür schäme, dass damit offenbar das System infrage gestellt werde. Wozu müsse ein Komitee gegründet werden? Daraufhin wurde sein Mikrofon ausgeschaltet. Wenn er nicht sprechen dürfe, sage er nichts, aber ihm gehe es um den Ruf des Systems.

Zitiert nach Mehr, 11.11.2012

Am 12. November gab man die Festnahme von drei Verhörern **Beheshtis** bekannt. Der Anwalt **Mohamad Mostafaie** nannte drei Gruppen, die Schuld an der Ermordung tragen: Die Verantwortungsträger für **Beheshtis** Einweisung ins Gefängnis, die Gruppe, die den Befehl zur Folter erteilte und ausführte, sowie den Chef der Justiz, der die Befehle zum Verhör gab.

Nicht erwähnt wurde der Führer Chamenei, unter dessen Schirm sie alle agieren und dem sie Bericht erstatten müssen.

Gooya-News, 12.11.2012

41 politische Gefangene von Block 350 haben in einem Offenen Brief berichtet, am 13. November habe sie im Auftrag der Staatsanwaltschaft der Kriminalbeamte **Shahriari** aufgesucht, um sie zum Tod von **Sattar Beheshti** zu befragen. **Abolfazl Abedini**, ein mit **Beheshti** befreundeter Gefangener, habe gesagt, er werde alles erzählen, wenn ihm nichts geschehe. Doch entgegen dieser Zusicherung führte man ihn am 15. November aus Block 350 ab und seitdem sei er spurlos verschwunden. Aus Erfahrung seien sie äußerst besorgt um sein Leben. Was auch immer ihm geschehe – die Verantwortung dafür trage die Justiz.

Kalameh, 17.11.12

Sadegh Larijani, der Chef der Justiz, hat jede Berichterstattung über den Tod von **Sattar Beheshti** untersagt. In letzter Zeit habe er beobachtet, dass die dem Präsidenten nahestehenden Medien Unerhörtes berichteten. Dieses bedauernde Ereignis dürfe nicht zu einer schlechten Atmosphäre und zur Übereinstimmung mit ausländischen Medien führen.

Jumhuri-e Eslami, 17.11.2012

Minderheiten

Bahais

In seinem Bericht vom September 2012 fordert der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen eine Kultur der Toleranz und ein Ende der Diskriminierung religiöser Minderheiten. Laut Verfassung ist es Nicht-Schiiten untersagt, ein hohes staatliches Amt innezuhaben. Auch wenn die Angehörigen der Buch-Religionen im Parlament vertreten sind, sehen sie sich ständigen Schikanen ausgesetzt. Besonders die Bahais, die als Sekte gelten und nicht zu den Buch-Religionen zählen, werden erniedrigt und beleidigt. Die Nachrichtenagentur *HRANA* (Human Rights Activists News Agency), die das Organ für Menschenrechtsaktivisten in Iran ist, berichtet in ihren Zeitschriften (Mai, August, Oktober 2012) vom Leben der Bahais in Semnan, einer Stadt im Norden Irans mit rund 127.000 Einwohnern, und beginnt mit dem Jahr 2008. In jenem Jahr wurden 21 Häuser von Bahais (die Namen liegen der Liga vor) gestürmt, Dokumente, private Videos, Geld beschlagnahmt, um es beim Verhör zu nutzen. Die meisten Festgenommenen erhielten Haftstrafen, ohne zu wissen, warum. Sahbar **Rezwani** beispielsweise bekam nach drei Monaten Untersuchungshaft und Verhören eine Haftstrafe von 3,8 Jahren, die er nach den ersten fünf Monaten im Teheraner Evin-Gefängnis verbrachte. Die Autoscheiben der Verurteilten wurden eingeschlagen und einige, die ihre Strafe verbüßt hatten, kamen erneut in Haft und nur gegen eine hohe Kautions auf freien Fuß. 2009 stürmte man die Boutique für Unterwäsche von Susan **Tabjanian** und entzog ihr den Gewerbeschein. Ihr Hafturteil lautete auf 18 Monate, sie kam jedoch nach 14 Monaten frei, weil sie Kinder im Alter von vier und neun Jahren hatte. Andere verloren ihre Arbeit, Studenten ihren Studienplatz, ein Blumenladen musste schließen. Der Friedhof der Bahais, Golestan-e Javid, wurde mehrmals demoliert. Sowie die Gräber und Grabsteine von den Angehörigen erneuert waren, wurden sie geschändet. Auch 2010 wurden wieder

Bahais ohne jede Anklage festgenommen und einige verbannt. Den Totenschein für Frau **Sobhani** erhielten die Angehörigen erst nach drei Tagen. Uns liegt eine Liste mit Namen von Personen vor, die entweder zu Gefängnisstrafen verurteilt oder verhört wurden oder deren Geschäfte versiegelt wurden. 2011 musste ein Optiker schließen. Sieben Mitarbeiter verloren ihre Stelle. Eine Frau, die zwei Kinder im Alter von 2 1/2 und 7 Jahren hatte, bekam eine Haftstrafe von 4 Jahren und 4 Monaten. Dagegen legte sie Beschwerde ein, wartet aber noch immer auf ein Wiederaufnahmeverfahren. Ein Sanitätsladen musste schließen und war von November 2011 bis Mai 2012 versiegelt. Nach monatelanger Arbeitslosigkeit des Inhabers hat man alle Waren aus dem Laden geräumt und ihn ohne jede Begründung zu einer Geldstrafe verurteilt. Er und seine Angehörigen waren ständigen Schikanen der Sicherheitsbeamten ausgesetzt. Und so geht es 2012 weiter - Tag und Nacht: Geschäfte werden geschlossen, in Brand gesteckt, Scheiben eingeschlagen.

Dieser Bericht zeigt, was der Geheimdienst völlig illegal in Semnan macht. Man hat einige Bahais sogar nur telefonisch vorgeladen und sie unter Drohungen und Beleidigungen bis zu 14 Stunden verhört.

Weiter wird berichtet, dass in Isfahan in einem Haus vier Bahais und zwei Moslems, die zu Besuch waren, ohne Angabe von Gründen verhaftet worden sind und viele private Gegenstände nach Durchsuchung des gesamten Hauses beschlagnahmt wurden.

Am 17. Oktober sind in Gorgan (400 km nördlich von Teheran) Sicherheitskräfte in mehrere Häuser von Bahais eingedrungen und haben ohne Durchsuchungs- und Haftbefehl 17 Personen festgenommen und an unbekanntem Ort verschleppt, ihre Laptops, Computer und Bücher konfisziert. Die Wohnungen von sieben weiteren Bahais (die Namen liegen vor) wurden ebenfalls durchsucht; sie erhielten die Aufforderung, sich bei den Sicherheitsbehörden zu melden.

Ahmad Shaheed, der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, schreibt, zurzeit seien 105 Bahais in Iran inhaftiert.

Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran, 13.9.2012

Christen

In Schiras haben Sicherheitsbeamte die Wohnungen von Christen durchsucht, die über Andachtsräume verfügen. Die mitgenommenen Dokumente belegten, dass sie in Beziehung zu den Zionisten stünden, deren Sattelitenprogramm sie empfangen, berichtet *Jumhuri-e Eslami* am 16.10.12. Einen Tag zuvor hatten *Gooya-News* die Verhaftung mehrerer Personen bekannt gegeben. Das Regime habe erklärt, es handle sich um Anhänger des Judentums.

Gooya-News, 15.10.2012

Dem UN-Sonderberichterstatter zufolge saßen seit 2010 rund 300 Christen landesweit in Haft, zuletzt 41 Personen zwischen einem Monat und einem Jahr. In einigen Fällen sei Folter angewendet worden, in vielen Fällen Einzelhaft. Faire Gerichtsverfahren mit anwaltlicher Vertretung fanden nicht statt.

Die offiziellen Vertreter der christlichen Kirchen sind aufgefordert, den Behörden die Personen zu nennen, die sich um Aufnahme in die Religionsgemeinschaft bewerben. Wer konvertiert, wird festgenommen und wegen Apostasie verurteilt.

Gottesdienste sind nur an Sonntagen gestattet. Christliche Kirchen, besonders die protestantische, arbeiten im Untergrund und halten ihre Andachten in Privathäusern, genannt „Hauskirchen“, ab, obwohl es untersagt ist.

Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran, 13.9.2012

Derwische

Am 3. Mai 2012 begann das Verfahren gegen 189 Derwische, die 2007 wegen der Demolierung ihrer Gebetsstätte protestiert hatten. (Die Liga berichtete.) Das Verfahren am Strafgericht von Borujerd dauerte zehn Tage, nur zwei von 20 Verteidigern waren

zugelassen. Bis auf „Störung der öffentlichen Ordnung“ wurden alle weiteren Anklagepunkte fallen gelassen.

Am 3. September 2012 hieß es, dass die Anklage gegen 189 von 200 Derwischen aus Gonabad zurückgewiesen wurde. Ihre Gemeinschaft war im September 2011 von Bassidschis angegriffen und zerschlagen worden, wobei fünf Personen Verletzungen erlitten und 200 in Haft kamen. Sie saßen zum Teil in Einzelhaft und erlitten Folter.

Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran, 13.9.2012

Am 4. September 2011 kam es in Kavar (Fars) zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Geheimdienstlern in Zivil und Derwischen des Nematollahi Ordens, bei denen **Wahid Banaie** erschossen wurde. Fünfzehn Mitarbeiter der Webseite *Madjzooban-e Nur* und ihre Anwälte kamen in die Gefängnisse Evin und Adelabad in Schiras. Obwohl es anfangs hieß, im November 2011 werde ihr Gerichtsverfahren stattfinden, hat sich auch nach einem Jahr noch immer nichts getan. Der Grund dafür sei, dass sie ein öffentliches Verfahren unter Anwesenheit internationaler Menschenrechtsorganisationen forderten. Sie werden der Gefährdung der inneren Sicherheit beschuldigt.

Deutsche Welle, 17.11.12

Am 19. September 2011 protestierte eine Gruppe von Gonabadi-Derwischen vor dem Evin-Gefängnis gegen die Inhaftierung ihrer Glaubensbrüder, woraufhin Sonder-Schlägergruppen jeden festnahmen, den sie für ein Mitglied oder Sympathisanten des Ordens hielten. Auch sie kamen ins Evin.

Deutsche Welle, 17.11.12

Kurden

Wie die Internationale Kampagne für Menschenrechte am 19.10.12 mitteilt, wurden am 11. Oktober fünf kurdische Gefangene aus Block 12 des Hauptgefängnisses von Urumieh von Sicherheitskräften mitgenommen und an einen geheimen Ort gebracht. Von ihnen fehlte jede Spur.

Bereits im März wurde der aus politischen Gründen zu Todesstrafe verurteilte Kurde **Habibollah Golparipur** aus Urumieh nach Semnan verlegt. Diese Methode wird seit zwei Jahren auch bei anderen Häftlingen im kurdischen Gebiet angewendet. Alle Häftlinge seien unter Folter verhört worden.

Einmal im Monat dokumentiert die Nachrichtenagentur *Mokrian* Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan. Im Bericht vom Oktober 2012 nennt sie namentlich 53 Personen, die politisch aktiv waren und wegen angeblicher Störung der öffentlichen Sicherheit und Verderbens auf Erden inhaftiert wurden. Zwei wurden zur Todesstrafe, 21 (alle Lehrer) zu Berufsverbot verurteilt.

Ahwazis – die Araber in Khuzestan

Obwohl die sunnitischen Araber in Khuzestan die Mehrheit bilden, sind keine unabhängigen arabischen Medien erlaubt. Die Ahwazis sind systematischen Verleumdungskampagnen in iranischen Medien ausgesetzt. Sie leben in einer der reichsten Provinzen (90% des Erdöls kommt von hier) in Armut und in Elendsvierteln. Gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten werden ihnen verweigert. Offizielle Sprache ist Farsi, was zu der höchsten Analphabetenrate im ganzen Land geführt hat. Das religiöse Leben wird diskriminiert – einen arabischen Freitagsimam gibt es nicht. Gegen diese Missstände wird immer wieder protestiert.

So berichtet Amnesty international am 19. Mai 2012, dass sechs Ahwazis wegen ihrer Teilnahme an einer Protestaktion im Jahre 2005(!), auf der sie ihre Rechte einforderten, in ihren Häusern verhaftet wurden. Amnesty rief zu einer Aktion auf, da sie um das Leben der sechs - ein Blogger, drei Lehrer, zwei in Ausbildung - fürchtete.

Amnesty international, urgent Action, 19.5.2012

Nachdem sechs politisch aktive Ahwazis (die Namen sind der Liga bekannt) unter Folter getötet worden waren, berichten Menschen-

rechtsaktivisten aus Ahwaz am 9. November 2012, dass der Geheimdienst im Oktober den Schweißer **Jamil Soyedi** verhaftet hatte und die Angehörigen einen Monat lang über sein Verbleiben völlig im Ungewissen ließ. Nur durch Zufall hat ihn ein Bekannter im Kühlhaus der Gerichtsmedizin gesehen und die Angehörigen benachrichtigt, die sich fragen, warum er festgenommen, gefoltert und getötet wurde. Sein ältester Bruder, **Jalil**, war vor Jahren zu drei Jahren Haft verurteilt worden und ist seit seiner Entlassung aufgrund der Folter geisteskrank.

Die Konferenz der Blockfreien

In der Hoffnung, dadurch die internationale Isolierung zu durchbrechen, begann am 29. August 2012 die fünftägige Konferenz der 110 blockfreien Staaten in Teheran, an der 35 Staatschefs, 5 stellvertretende Staatschefs, 25 Außenminister und 5 Sonderbotschafter teilnahmen. Die USA, Israel und einige andere Länder hatten den UN-Generalsekretär aufgefordert, der Sitzung fernzubleiben, da **Ahmadinejad** Israel zuvor anlässlich des Jerusalem-Tages als „Krebsgeschwür“ bezeichnet und **Ali Chamenei**, der Oberste Führer, von einer „künstlich zionistischen Wucherung, die von der Landkarte verschwinden muss“, gesprochen hatte. Am 24. August teilte **Bans** Sprecher laut dpa mit, dass **Ban Ki Moon** an der Konferenz teilnehmen und sich mit dem Führer und dem Präsidenten treffen werde. Er werde dabei die Sorgen der internationalen Gemeinschaft ansprechen, etwa das iranische Atomprogramm oder die Situation in Syrien.

Aus Sicht Teherans war die Konferenz ein Fehlschlag, denn sie entwickelte sich zum Tribunal. Präsident **Mursi** sprach von der moralischen Pflicht, die Aufständischen in Syrien zu unterstützen, **Ban** kritisierte die Menschenrechtsverletzungen, das iranische Atomprogramm und die Attacken gegen Israel. Das iranische Fernsehen fälschte die Rede **Mursis** bewusst, indem es z.B. das Wort „Syrien“ einfach durch „Bahrain“ ersetzte.

Fünf Tage lang war Teheran zu einem Schutzgebiet geworden: 850 Sicherheitsein-

heiten, 110.000 Ordnungskräfte, 2.900 Überwachungswagen und 2.500 Motorräder standen bereit, 720 Kontrollpunkte wurden von Bassidjis (paramilitärische Milizen) beobachtet. Wir sehen, in welchem Maße das Land militarisiert ist!

Politische Gefangene in Teheran nutzten die Konferenz für einen Offenen Brief an die Teilnehmer: „...Sollten Sie eine Briskierung nicht fürchten, besuchen Sie uns bitte im Evin-Gefängnis in Teheran, im Redjai Shahr-Gefängnis in Karadj, im Karun-Gefängnis in Ahwaz und anderen Gefängnissen des Landes.“

Atomkonflikt und Sanktionen

Im Atomkonflikt hat Iran die gesamte internationale Gemeinschaft an der Nase herumgeführt. Seit 1992 lehnt es die Forderungen des Westens und der IAEA nach Inspektionen ab und weicht Diskussionen darüber aus. Obwohl der Sicherheitsrat und die EU mit Sanktionen reagierten, zieht Iran Sitzungen ergebnislos in die Länge. Nach 15 Monaten Stillstand fand am 21. April dieses Jahres ein Gespräch zwischen der EU-Außenbeauftragten **Cathreen Ashton** und dem iranischen Unterhändler in Istanbul statt, das „in guter Atmosphäre“ zu der Vereinbarung führte, am 23. Mai in Bagdad die Verhandlungen über das Nuklearprogramm zwischen den Vetomächten im Sicherheitsrat und Deutschland fortzuführen. Da auch diese Gespräche nichts brachten, wurden sie am 18. und 19. Juni in Moskau fortgesetzt. Die P5 + 1-Staaten fordern von Iran, die Anreicherung von Uran auf 20% einzustellen, während Iran auf Aufhebung der Sanktionen besteht. Ein erneutes Treffen zwischen **Ashton** und dem iranischen Unterhändler **Djalili** am 26. September in Istanbul resultierte in dem Vorhaben, weitere Gespräche zu führen.

Der Verdacht, in Iran bestünden nicht deklarierte Nuklearanlagen, bot Anlass für Spionageflüge, Anschläge auf Mitarbeiter (seit 2010 kamen vier iranische Atomwissenschaftler bei Attentaten ums Leben), Cyberattacken. Der Stuxnet-Computervirus hat 2010 die Anlage in Natans erheblich geschädigt: es fielen 2000 Zentrifugen aus, so dass sich die Umsetzung des Programms wohl um mehrere Monate verzögert hat. Im Mai kam ein Inspektor der

IAEA in Teheran bei einem Autounfall ums Leben, ein weiterer wurde schwer verletzt. Am 28.11. hieß es, dass Hacker Daten aus dem Computersystem der IAEA gestohlen und im Internet veröffentlicht haben. Außerdem fordern sie, die israelischen Atomaktivitäten zu untersuchen. Es hat den Anschein, als würde der Cyberkrieg zwischen dem westlichen Block und Iran noch lange weiter geführt.

Und Iran bleibt hartnäckig: Seit zwei Jahren bemühen sich die EU und die USA, das Land durch Sanktionen zum Nachgeben zu zwingen: Zunächst galten die Strafmaßnahmen 61 Personen, darunter die Minister für Kultur, Justiz und Geheimdienste, die Befehlshaber der Streitkräfte und der Revolutionswächter, die Gefängnisleiter, Staatsanwälte und der ehemalige Innenminister. Ihnen wurden willkürliche Festnahmen, Verfolgung von Regimegegnern, Zensur und Korruption vorgeworfen. Ihr Vermögen im Ausland wurde eingefroren, Visagenehmigungen für das Ausland gesperrt. Da diese Sanktionen aber nicht den gewünschten Effekt brachten, sondern eine Verhärtung in Form der Androhung von „Antworten auf diese böswillige Politik“, kam es im Juli zu wilden Spekulationen auf dem Ölmarkt. Aufgrund des Ölembargos der EU, das für alle Öllieferungen aus Iran gilt, musste Iran seine Produktion um ein Drittel drosseln. Iran antwortete mit einem dreitägigen Manöver in der Wüste, bei dem auch die Schahab-3-Raketen getestet wurden. Auf das Ölembargo folgte im Oktober nach einem Beschluss der EU-Außenminister das Importverbot für Erdgas aus Iran. Nur noch unter strikten Auflagen, z.B. der Anmeldung bei nationalen Prüfstellen, sind Überweisungen von europäischen auf iranische Konten erlaubt. Dies betrifft besonders Medikamente und Lebensmittel und die Unterstützung von Familienmitgliedern. Ende September kam es zu Turbulenzen auf dem Devisenmarkt - der Rial verlor seit Beginn des Jahres über 70% gegenüber dem Dollar. **Ahmadinejad** betonte daraufhin, man werde in der Atomfrage hart bleiben, doch in Wirklichkeit schmelzen die Devisenreserven der IRI, Importe auf Dollarbasis werden unerschwinglich für die Bevölkerung, die Preise für Lebensmittel sind um 40% gestiegen, die Arbeitslosigkeit beträgt wahrscheinlich an die 30%.

Es scheint nur noch eine Frage der Zeit, bis sich die erheben, die besonders unter dieser Situation leiden. Da wäre es doch angebracht, wenn Iran das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag unterzeichnete, das zu jeder Zeit unangemeldete Kontrollen in Atomanlagen vorsieht und der IAEA schärfere Kontrollen einräumt. *Quellen: dpa, reuters, dapd, AFP*

Körperstrafen

Steinigungen

Vor neun Jahren hatte der damalige Chef der Justiz Steinigungen ausgesetzt. Dennoch kam es immer wieder zu Steinigungen. Am 3. November 2012 berichtet die Webseite *Melli Mazhabi*, dass vier Frauen zu Tode gesteinigt und ihre Leichen bei der Gerichtsmedizin von niemandem abgeholt wurden. Wann ein Gerichtsverfahren stattgefunden habe und ob die Angehörigen benachrichtigt worden seien, sei unbekannt.

Das internationale Komitee gegen Steinigung hat Steinigungsurteile von März 1980 bis Juni 2010 aufgelistet und kommt zu dem Ergebnis, dass 99 bis 109 Urteile gefällt wurden, es aber weitaus mehr sein müssten, da die Zensur viele Urteile unterschlägt.

15 Steinigungsurteile wurden in Hinrichtungen umgewandelt, von denen drei vollzogen sind; 25 Personen im Alter zwischen 19 und 40 Jahren sind weiterhin zur Steinigung verurteilt; 21 Personen wurden zu Tode gesteinigt; 16 Personen kamen auf freien Fuß, einige nach Verabreichung von 99 Peitschenhieben; andere konnten sich während der Steinigung befreien; wieder andere, die bereits dreizehn Jahre im Gefängnis gesessen hatten, wurden begnadigt. Manche haben vor ihrer Steinigung Selbstmord begangen.

International Committee Against Stoning, 13.7.12

Amputationen

Die Gerichtsverfahren, die zu Amputation der Gliedmaßen führen, haben sich in den letzten Jahren vermehrt. So hat der Staatsanwalt in Dezful (Chuzestan) einen Dieb zu sechs Mona-

ten Haft, drei Jahren Verbannung und Amputation einer Hand verurteilt. 2010 war einem Rowdy in Kermanschah öffentlich die Hand abgetrennt worden, was der Abschreckung dienen sollte. Aus den gleichen Gründen und zur selben Strafe wurden 2010 weitere acht Personen verurteilt. Vor vier Jahren war einem Dieb im Hauptgefängnis von Yazd die Hand amputiert worden. Im November 2011 wurde einem Bankräuber im Gefängnis in Schiras ein Bein abgetrennt und in diesem Jahr verloren in Isfahan vier Personen wegen Diebstahls ihre Hände. *Rooz, 1.10.2012*

Mohammad Mostafaie, der als Rechtsanwalt besonders Minderjährige vertritt, schreibt am 15. November 12 in *Gooya-News*, dass das Abschneiden von Gliedern und Hinrichtungen in der Öffentlichkeit unter den Vorgängern des jetzigen Justizchefs **Sadegh Larijani** nie in diesem Ausmaß stattfanden. Der Leiter der Justizbehörde in Yazd erklärte angesichts der Abtrennung von vier Fingern bei zwei Personen in der Öffentlichkeit, dies diene der Abschreckung. Urteile, die die Blendung vorsehen, wurden bisher nicht vollstreckt.

Gooya-News, 15.11.2012

Gerettet!

Dass Hinrichtungen nicht widerspruchlos akzeptiert werden, zeigt der Fall von zwei Personen, die in Sirjan, (Provinz Kerman), öffentlich hingerichtet werden sollten. Sie hatten bereits die Schlinge um den Hals und hingen an einem Kran, der auf einen Laster montiert war. Mit Steinen und Flaschen bewarfen die Zuschauer den Lastwagen, kletterten hinauf und durchschnitten die Seile. Die beiden konnten entkommen.

Ein Video im Archiv der Liga/Iran vom 18.10.2012

Aus dem Alltagsleben

Es hat sich im Laufe der Jahre nicht geändert: Wenn Schlägertrupps und bezahlte Hezbollahis der Ansicht sind, dass Veranstaltungen „westlich“ sind oder westliche Werte propagieren, dann greifen sie gewaltsam ein. Hier nur ein Beispiel:

Hezbollahis in Zivil, die sich als Ordnungskräfte ausgaben, haben, ohne sich auszuweisen, auf einer internationalen Ausstellung zu digitalen Medien mehrere Personen unter Anwendung von Tränengas festgenommen und u.a. den Berater des Kultusministers in Handschellen abgeführt. Als sie vom Aufsichtspersonal darauf hingewiesen wurden, dass die Ausstellung offiziell genehmigt sei, ließen sie die Gefangenen frei. *Mehr, 10.10.12*

Islam - weltweit

Die Nachrichtenagentur *Fars* zitiert **Ahmadinejad**, der den Islam als weltweite Religion preist. Gott habe nur eine Religion gesandt, diese sei weder das Judentum noch das Christentum, da Abraham, Moses und Jesus als Herolde des Islam gekommen seien. Der Prophet Mohammad lenke die gesamte Erde: Europa, Amerika, Asien und Afrika. Auch die Buddhisten lenke er, der gesandt sei, um alle zu befreien. Der Koran sei für alle Menschen der Welt geschaffen. Revolutionen und Aufstände müssten sich gegen den Zionismus richten; solange nämlich Zionisten herrschten, hätten die Menschen keine Freude. Und deshalb müssten die Zionisten vernichtet werden. *Fars, 10.7.2012*

Haftstrafe für Reisen nach Israel

Im November wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach jeder, der mit seinem Pass nach Israel reist, mit drei bis fünf Jahren Gefängnis und Entzug seines Passes bestraft wird. *Asr Iran, 14.11.2012*

Schwarzes Schicksal

„Der Kindheit noch nicht entwachsen, müssen sie an ihrer Hochzeitstafel Platz nehmen.“, so beginnt ein Artikel in der Zeitung *Fararu* vom 21. Juni 2012. Danach wurden 2011 in Teheran 4000 Mädchen und Jungen unter 14 Jahren verheiratet, davon 75 im Alter unter zehn Jahren. Während in der Mehrheit aller Länder ab 18 Jahren geheiratet werden darf, beträgt das Heiratsalter für Mädchen offiziell 13, für Jungen 15 Jahre, doch viele heiraten viel

jünger. In den Jahren von 2006 bis 2009 waren in 45% der Eheschließungen einer oder beide Partner minderjährig. Ein Grund dafür ist die Armut der Eltern. Der Soziologe **Amanollah Gharai Moghadam** kommt zu dem Ergebnis, dass 10-15% der Prostituierten im Alter zwischen 10 und 14 Jahren zwangsverheiratet worden sind.

Das Statistische Amt gab im August 2012 bekannt, dass 2011 im gesamten Land 7.440 unter 15-Jährige geheiratet haben. Von April bis Juni 2012 fanden 1.805 Eheschließungen statt. Alles sei mit Einwilligung der Gerichte nach Artikel 1049 des Zivilrechtes erfolgt und registriert. *ISNA, 2.8.2012*

Die parlamentarische Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik hat angeordnet, dass Frauen unter vierzig Jahren nur mit Einwilligung ihres Ehemannes, Vaters oder eines religiösen Richters einen Reisepass erhalten dürfen. Verheiratete Frauen benötigen die Erlaubnis ihres Mannes oder eines religiösen Richters. *Al Arabiya, 12.11.2012*

Ahmadreza Radan, Befehlshaber der Ordnungskräfte, hat angeordnet, Ausstellungen zu verbieten, deren Kuratorinnen sich nicht an die Moral- und Kleiderordnung halten. Dies nahm die Polizei zum Anlass, 80 Ausstellungsstände zu versiegeln, da die Inhaberinnen nicht keusch genug bekleidet waren. *ILNA, 1.7.2012*

Pädophile Diplomaten

Nach einem Besuch in einem Schwimm-bad in Brasilia wurde der 50-jährige iranische Diplomat **Hekmatollah Ghorba-ni** am 14. April verhaftet. Zeugen hatten beobachtet, wie er beim Tauchen immer wieder den Unterleib von 9 bis 15-jährigen Mädchen berührt hatte. Zornige Eltern hatten die Polizei alarmiert. Die iranische Botschaft in Brasilia betonte, die Beschuldigung des Diplomaten sei ein kulturelles Missverständnis. *Radio Farda, 5.7.2012*

Ein Diplomat des iranischen Konsulats in Frankfurt wurde nach der Auseinandersetzung

mit einer Senegalesin festgenommen. Wie der Sprecher der Staatsanwaltschaft gegenüber BBC mitteilte, werde die Anklage einer Senegalesin geprüft, die vor zehn Tagen ihre Tochter auf dem gegenüberliegenden Spielplatz beobachtet hatte und mit ansehen musste, wie sich ihr ein Mann näherte, sie an den Haaren festhielt und versuchte, sie zu küssen. Als die Mutter am Spielplatz angekommen war, fand sich keine Spur von ihm. Eine Woche später sah sie ihn auf der Straße und alarmierte sofort die Polizei, die ihn festnahm.

Der stellvertretende Außenminister hat sich bei der deutschen Botschaft in Teheran über das brutale Vorgehen der Frankfurter Polizei, das gegen alle diplomatischen Gepflogenheiten verstoße, beschwert. *IRNA*, 5.1.2012

Hass auf Afghanen

Eine Gruppe von Hezbollahis hat Ende Juni 2012 in Yazd Flüchtlinge aus Afghanistan zusammengeschlagen und ihre Unterkünfte angezündet. Im Juni hatten Hezbollahis in Salman (einer Grenzstadt zur Türkei) Afghanen angegriffen, wobei Ordnungskräfte 18 Personen erschossen haben.

In Isfahan ist Afghanen seit Anfang des Jahres das Betreten von Parks untersagt. Aus den Städten der Provinz Mazandaran hat man Afghanen hinausgeworfen.

Heiratet ein iranisches Mädchen einen Afghanen, verliert es seine bürgerlichen Rechte. Kinder aus dieser Beziehung erhalten keinen Ausweis, keine medizinische Versorgung und dürfen die Schule nicht besuchen. Sie haben also nicht die gleichen Rechte wie Iraner. Sollte Gleiches im Ausland geschehen, würden Medien und Bevölkerung gegen diesen Rassismus protestieren, während in Iran niemand seine Stimme erhebt.

Akhbar-e Rooz, 9.6.12

Die Folgen des Erdbebens

Am 11. August 2012 richteten zwei aufeinander folgende Erdbeben der Stärke 6 und 6,2 im iranischen Aserbeidschan in den Städten Ahar, Hariss, Warsghan und den 580 umliegenden Dörfern teilweise starke Zerstö-

rungen an. Nach offiziellen Angaben kamen 306 Menschen ums Leben. Die Regierung lehnte aber noch am gleichen Tag jede Hilfe aus dem Ausland oder von Bürgerinitiativen ab, was die Lage verschärfte. Am 25. August beklagt die *Zeitschrift Aseman*, dass ein Mädchen sieben Tage im Krankenhaus lag, ohne dass seine Personalien ermittelt werden konnten. Die Zeitung *Jumhuri-e Eslami* zitiert am 14. Oktober die Gesundheitsministerin: „Eisige Kälte, herumstreunende wilde Tiere, ansteckende Krankheiten und Hautleiden aus Mangel an Wasser und medizinischer Versorgung bedrohen die Bevölkerung des Erdbebengebietes.“

Das Versagen der Regierung machen folgende Statistiken deutlich: 51% des Gebietes sind stark beschädigt, 12000 Unterkünfte in Ost-Aserbeidschan zerstört, 320 Schulen zu 5 bis 100% zerstört, 20 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, 4.500 Personen sind verletzt.

Die Angst der Diktatur vor Bürgerinitiativen und Helfern aus dem Ausland hat zu dem Elend geführt, das jetzt herrscht.

Mitarbeiter von ISNA haben das Erdbebengebiet besucht und berichten am 18.10.12: „Bei kaltem Herbstwetter begegnen uns Kinder mit aufgerissenen roten Wangen und Händen. So sieht es hier aus. Die mobilen Kindergärten wurden alle abgebaut, die Kinder spielen in dreckigen Pfützen. Seit 2 ½ Monaten hat die Bevölkerung keinerlei Anlass zur Freude. Wie ein Denkmal stehen die mobilen Bäder da - keiner kann sie benutzen. Um Brot zu bekommen, muss man kilometerweit laufen. Die Regierung hilft nicht. Die Erdbebenopfer müssen sich selbst vor Einbruch des Winters mithilfe ihrer Kinder neue Häuser bauen. Schule und Ausbildung gibt es da nicht.“

Diplomatische Beziehungen

Nach Ermordung der iranisch-kanadischen Fotojournalistin **Zahra Kazemi** vor zehn Jahren waren die diplomatischen Beziehungen zwischen Kanada und Iran sehr gespannt, bis

Kanada sie jetzt im September 2012 abgebrochen hat und den Botschaftsangehörigen eine Frist von fünf Tagen setzte, um das Land zu verlassen. In einer Stellungnahme begründet Kanada diesen Schritt einerseits mit der militärischen Unterstützung der Regierung von Baschar Al Assad in Syrien, der Bedrohung Israels sowie fortwährenden Menschenrechtsverletzungen; andererseits seien die iranischen Diplomaten in Kanada untragbare Elemente. Gegen diese Darstellung verwehrt sich die iranische Regierung. Kanada sei der Pudel der USA, Israels und Großbritanniens und für die IRI völlig bedeutungslos.

Die Webseite der iranischen Emigranten in Kanada schreibt am 9.9.12 außerdem, dass 400.000 Iraner als Emigranten in Kanada leben. Vor 20 Jahren hätten in Toronto nur 25.000 Iraner gelebt, heute seien es 300.000. Tausende von ihnen seien Studenten und Fachleute, die wegen der Menschenrechtsverletzungen emigriert sind.

Iraner in Deutschland

Laut Statistischem Bundesamt lebten 2011 insgesamt 53.920 Iraner in Deutschland, deren Aufenthaltstitel sich so zusammensetzen:

- 4.495 Personen mit begrenztem oder unbegrenztem Aufenthalt nach dem ehemaligen Ausländergesetz
- 3.151 Personen zu Studienzwecken
- 1.027 Personen zur Erwerbstätigkeit
- 7.789 Personen als Asylberechtigte
- 7.261 Personen im Rahmen der Familien-

zusammenführung

898 Personen aus besonderen Gründen (politisch und humanitär)

17.302 verfügen über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis – oder -berechtigung;

339 Personen leben in Deutschland, haben aber die Staatsangehörigkeit eines anderen europäischen Landes;

2.041 Personen haben eine Duldung. (Ihr Asylantrag wurde abgelehnt).

3.352 Personen befinden sich im Asylverfahren;

3.352 Personen haben keine Aufenthaltserlaubnis.

Quellen: destatis.de; if-id.de

Iraner im Ausland

Das Registeramt in Iran hat am 7.9.2012 die Anzahl der Iraner bekanntgegeben, die in den für sie beliebtesten sieben Ländern leben:

1,4 Millionen in den USA; 800.000 in den Arabischen Emiraten; 410.000 in Großbritannien; 410.000 in Kanada; 210.000 in Deutschland; 155.000 in Frankreich; 110.000 in Schweden.

Das Registeramt erläutert, dass diese Angaben erst durch das Internet möglich wurden. Allerdings unterscheidet es die Aufenthaltstitel nicht. Wir denken, dass die Zahlen für Deutschland zutreffen, weil jene Iraner, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, vom Statistischen Bundesamt nicht aufgeführt werden.

An diesem liga-report haben mitgearbeitet:

Aziz Behruzi-Mahjub, Dr. Heide Kressin, Mahmoud Rafi, Pari Rafi

Verantwortlich für den Inhalt:

Mahmoud Rafi, Vorstand der Liga zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran

Irans Bombe

VON TOMAS AVENARIUS

Irans Außenminister hat starke Nerven. Gefragt, ob er einen israelischen Angriff auf die Atomanlagen seines Landes fürchte, sagt er: „Wollten und könnten die Israelis uns wirklich angreifen, hätten sie das doch längst getan.“ Auch sonst ist in der Islamischen Republik Iran alles unter Kontrolle – jedenfalls, wenn man Ali Akbar Salehi hört. Die Wirtschaft des ölreichen Landes mag unter dem Druck der internationalen Sanktionen und wegen der miserablen Wirtschaftspolitik der Führung verfallen, die Währung in nur einem Jahr mehr als die Hälfte ihres Werts verlieren. Die Basarhändler mögen protestieren angesichts dieser Vernichtung von Wohlstand – alles kein Problem: Wir leben seit 30 Jahren mit dem internationalen Boykott, resümiert der Minister. Das hat uns stark gemacht und unabhängig.

Iran, wie es die Welt sieht: Wir sind im Atomstreit im Recht. Uns kann keiner. Im inzwischen schon etliche Jahre alten Spiel des gegenseitigen Drohens zwischen Iran und Israel ist keine Richtung mehr zu erkennen. Was ernste Warnung ist, was Bluff, verliert sich in Schreckensritualen.

Teheran muss das eigene Volk mehr fürchten als Israel

Ja, Israel kämpft gegen eine potenzielle atomare Bedrohung, die real werden könnte. Zuerst einmal aber kämpft der jüdische Staat um seine regionale Vormacht. Die kleine Nation hat die modernste Armee des Nahen Ostens, hat Atomwaffen. Sie hat Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien. Der einzige derzeit zu fürchtende Gegner wäre Syrien. Doch Baschar al-Assad lässt seine Soldaten auf die eigenen Bürger schießen. Die Palästinenser? Heillos zerstritten, kommen sie dem Ziel eines eigenen Staats weder mit Verhandlungen noch mit Terror näher, die internationale Unterstützung beschränkt sich auf die leergedroschene Phrase vom „Friedensprozess“.

Israel hat sich seine Vormacht in einem ablehnend gesonnenen Nahen Osten blutig erstritten, samt der besetzten Palästinensergebiete und der syrischen Golan-Höhen. Seitdem gibt es keine geschlossene arabische Front mehr, seitdem können die Israelis Maximalpolitik betreiben. Die besetzten Gebiete werden gehalten, Golan und Ost-Jerusalem bleiben annektiert. Wenn es sein muss, führt Israel Krieg, ob im Gaza-Streifen oder in Südbanon. Die Araber mögen protestieren – verhindern können sie es nicht.

Aber da ist Iran, der Mächtegarn-Hege-
mon am Golf. Die Perser wiegeln auf bei Jerusalem, verstärken die „Widerstandsfrent“ gegen Israel in Zeiten, in denen sich Ägypten oder Saudi-Arabien mit dem Judenstaat arrangiert haben. Die Iraner sind keine Nachbarn Israels. Aber sie haben gefährliche Parteigänger: Assads Syrien, die Hisbollah. Nur: Das reicht nicht, um Israel militärisch oder politisch wirklich zu bedrohen. Ein nuklear bewaffneter Iran aber würde die politische Topographie des Nahen Ostens verändern, auf eine sehr gefährliche Weise. Allerdings müssten die Israelis sich dann der Frage stellen, in der sie seit Jahrzehnten auf Zeit spielen: das Palästinenser-Problem.

Keiner sollte daran zweifeln, dass Teheran die Atomwaffe haben will. Aber diese soll aus Sicht Irans nicht dazu dienen, Israel zu zerstören. Sie soll helfen, das iranische Regime gegen den immensen Druck von außen abzusichern und gleichzeitig die Vormachtstellung Israels als alleinige nahöstliche Atommacht zu brechen. Es bleibt das Geheimnis von Mahmud Ahmadinedschad, weshalb er dummdreist Steilvorlagen gibt, wenn er von Israels Auslöschung redet. Selbst er weiß, dass ein atomarer Angriff Vergeltung mit israelischen und US-Nuklearwaffen nach sich ziehen würde. Die iranische Bombe wäre eine politische Waffe. Und die fürchtet Israels Premier Benjamin Netanjahu. Hinter seinem UN-Auftritt mit der handgemalten Ayatollah-Bombe steckte keine unfreiwillige Komik. Es war die alte Taktik, eine Gefahr herbeizureden, die so noch nicht gegeben ist – um Israel abzusichern und die Verhältnisse aus einer Position der Stärke heraus zum eigenen Vorteil zu gestalten. Teil dieser Taktik ist es, die Weltgemeinschaft einzuspannen.

Jetzt, wo die jahrelang verspotteten Sanktionen gegen Teheran zu greifen scheinen, sollte die Staatengemeinschaft dem Druck aus Israel widerstehen. Der wirtschaftliche Verfall und der Unmut der eigenen Bevölkerung wird das marode Regime weit eher in die Knie zwingen als die Drohung mit israelischen oder amerikanischen Luftangriffen. Irans Führung muss das eigene Volk mehr fürchten als die Israelis. Keiner außer Teheran kann die iranische Bombe wollen – sie würde jede Politik im Nahen Osten noch unmöglicher werden lassen. Umso wichtiger ist es, neben den Iranern auch diejenigen zu zügeln, die im Streit um die iranische Bombe ein geeignetes Vehikel für die Bewahrung ihrer eigenen Machtstellung im Nahen Osten sehen: die Israelis.

In der Verfassung der Islamischen Republik Iran ist der Sohn des Geistlichen Führers nicht vorgesehen. Aber wer bei Ayatollah Ali Chamenei etwas erreichen möchte, kommt an dessen 42-jährigem Sohn Modschtaba kaum vorbei. Verwandtschaft ist in muslimischen Gesellschaften meist wichtiger als politische Affinität. Sein Schwiegervater, der konservative Ex-Präsident des Parlaments, Gholam-Ali Haddad Adel, hat Modschtaba während er Kampagne zur Parlamentswahl mehrmals die „zweitwichtigste Stelle im Land“ genannt.

Durch Erziehung und seine jetzigen Verbindungen ist Saied Modschtaba Hussein Chamenei fest im ultrakonservativen Lager verankert. Einer seiner Lehrer während des Studiums in Ghom war Ayatollah Mesbah Jasdi, von dem der Ausspruch stammt: „Gottes Propheten hielten nichts von Pluralismus. Sie glaubten, dass nur einer recht haben kann.“ Jasdi war zugleich der Mentor von Präsident Mahmud Ahmadinedschad, doch ihr Verhältnis ist abgekühlt.

Lange hatte auch Modschtaba den Präsidenten unterstützt, und an der Niederschlagung der Proteste gegen dessen Wiederwahl durch die Bassidsch-Milizen wird ihm wesentlicher Anteil nachgesagt. General Mohammed Hedschasi, der frühere Kommandeur der Bassidsch, gehört zum Netzwerk der grauen Eminenz. Da Ahmadinedschad heute düstere An-



Foto: oh

Modschtaba Chamenei Sohn des Geistlichen Führers und graue Eminenz Irans

deutungen macht, er könne Enthüllungen über Weiterungen der größten Korruptionsaffäre des Landes machen, die Chameneis Sohn belasten würden, ist der Bruch auch nach dieser Seite offensichtlich geworden.

Der Teheraner Bürgermeister und frühere Fliegergeneral Mohammed Bagher Kalibaf, der gern Präsident würde, gehört dagegen noch zu Modschtabas Vertrauten. Eine sinistre Beziehung besteht zu dem wenig bekannten reaktionären

Teheraner Prediger Asis Choschwagt. Der wiederum hatte unter seinen Jüngern den berüchtigten Saied Emami, den Verantwortlichen für die Morde an sechs Dissidenten im Jahre 1998. Mit jenem Emami war der junge Chamenei-Sohn einmal in England. Jetzt ist sein Verhältnis zu den Briten besonders schlecht. Seit 2009 sind in London iranische Gelder im Gegenwert von 1,6 Milliarden Dollar eingefroren. Obwohl Modschtabas Name in den Akten nicht auftaucht, behaupten Eingeweihte, er habe über diese Mittel verfügen können – zum Teil, um für die Bassidsch einzukaufen.

Die wenigen Fotos, die es von ihm gibt, sind meist entstanden, wenn er auf Provinzreisen seinen Vater begleitete. Über Modschtabas Privatleben ist wenig bekannt. Vor seiner Heirat hatte er bereits zwei Zeitehen hinter sich. In Londoner Hospitälern ließ er sich später mehrmals behandeln, angeblich wegen Potenzproblemen. Jetzt gibt es einen Sohn, der nach dem Großvater Ali heißt. Immer wieder heißt es, der Führer wolle Modschtaba zum Nachfolger aufbauen. Doch der ist viel zu jung, es fehlt ihm der theologischen Rang, und sowieso ist Iran keine Erbmonarchie mehr. Selbst soll sich der Chamenei-Sohn keine Illusionen über seine Chancen machen. Er könnte nur als Mitglied eines mehrköpfigen Führungsgremiums, das Chamenei ablöst, zum Zuge kommen. *Rudolph Chimelli*

